

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3. — für Deutschland (Gauband)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauband)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
der  
**Salisbuchhandlung**  
Holligen: Zürich  
**Verfassungen**  
französisch, deutsch,  
österreichische Verfassungen  
nach der Schweiz folgen  
Tagesblätter

**Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.**

**N. 24.**

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel sollte man sich Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen, in zweifelhafte Fälle eingeschrieben.

9. Juni 1888.

## Parteienoffen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Kapitalismus und Volksbildung.

In der kapitalistischen Presse Deutschlands wird ein großer Lärm erhoben über die Thesen von Gunsten der Verwirklichung der allgemeinen Volksschule, die ein Hamburger Lehrer, Namens Köhne, dem vorige Woche in Frankfurt am Main zusammengetretenen siebenten deutschen Lehrertag in einem ausführlichen Referat unterbreitet hat. Von dem pfäfflich-reaktionären Theil der Presse kann das nicht Wunder nehmen, diesen Herren und ihren Brotaggebern ist ja schon die Volksschule in ihrer heutigen, geflüstert verkräpelteten Form ein Grauel, den sie, wie sich erst neulich im preussischen Landtag gezeigt hat, am liebsten wieder beseitigen, wenn es einigermaßen angeht; aber interessant ist es zu sehen, wie auch die sogenannte liberale Presse in das Verdammungsurtheil gegen Herrn Köhne einstimmt. Der Vorschlag, die wissenschaftliche Ausbildung zu einem allgemeinen, d. h. Allen zugänglichen Gut zu gestalten, flößt auch ihr, die doch das Wort Volksschule beständig im Munde führt, Entsetzen ein.

Es ist mit der Volksbildung wie mit der, von allen Parteien gelegentlich betonten Freiheitsliebe. Freiheit, die ich meine, hier — Volksbildung, die ich meine, da. Die Freiheit, die meinen Interessen dient, ist die gute, und was darüber hinausgeht, ist Umsturz. Die Volksbildung, wie wir sie verstehen, ist die gute, und was darüber geht, ist Sozialismus.

Nach der Berliner „Volkzeitung“ führte Herr Köhne in seinem Referat Folgendes aus:

„Die gegenwärtige Zeit erfordert, daß die Bildung allen Menschen gleichmäßig zugänglich gemacht werde. Gegenwärtig sei es nur den begüterten Klassen möglich, an den Fortschritten der Bildung theilzunehmen. Es komme nicht die Reizung und geistige Veranlagung des Kindes, sondern lediglich der Geldbeutel des Vaters in Frage. Oftmals sei damit geradezu eine Menschenquälerei verbunden, da der Geldbeutel des Vaters bekanntlich nicht immer mit dem Wissensdrang und der geistigen Veranlagung des Sohnes Hand in Hand gehe. Dagegen verläumere so manches Talent, weil die Mittel des Vaters dem Sohne den Besuch einer höheren Schule nicht gestatten. Er (Köhne) sei jedoch der Meinung: ein Staat, der so unendlich viel Geld für die Arme ausbe, müsse auch Geld für die Ausbildung seiner Staatsbürger haben. Am Ende des 19. Jahrhunderts, in welchem das Prinzip der vollen Gleichheit vor dem Gesetz längst zur Geltung gelangt sei (hier machen deutsche Arbeiterblätter mit Recht ein Fragezeichen), sei der Staat verpflichtet, jedem Staatsbürger die Möglichkeit zu gewähren, unbekümmert um seine materiellen Verhältnisse, sich seinen Reizungen und Fähigkeiten entsprechend auszubilden. Daher empfehle es sich, mit den verschiedenen Schulen aufzuräumen und eine in verschiedene Klassen sich gliedernde Schule, die bis zum Besuch der Universität genügen müsse, zu errichten. Der Besuch dieser Schule und auch der der Universität müsse ein vollständig unentgeltlicher sein, ja selbst die Schulentfaltung, Bücher u. müßten unentgeltlich geliefert werden. Nur folgergestalt können die sozialen Gegensätze, die sich immer mehr zuspitzen, einen Ausgleich erfahren, und die wirklichen Talente zur Geltung gelangen. Es brauche wohl nicht erst noch betont zu werden, daß die Wissenschaft und damit die gesammte künftige Entwicklung von diesem System nur Nutzen haben könne. Der Einwand, daß Kinder vielfach an der Ausbildung gehindert werden, weil sie den Eltern in ihrem Erwerb behilflich sein müssen, sei hinwiegend; denn in solchem Falle sei es Pflicht des Staates, behilflich einzutreten. Ebenso hinwiegend sei der Einwand, daß die Zahl der akademisch Gebildeten eine zu große werden und Mangel an Leuten niedriger Berufsarten eintreten würde. Leute mit geringen Anlagen und geistiger Trägheit werden die Schule sehr bald verlassen, die Intelligenz dagegen in den höheren Klassen und auf den Universitätsbänken sitzen und sowohl Schule als auch Universität eine wesentliche Entlastung erfahren. Es werde alsdann nicht ausbleiben, daß die Zahl der Kapazitäten auf jedem Gebiete, auch auf dem des gewerblichen Lebens, auf dem akademische Bildung nur nützlich sei, sich zum Wohle der Menschheit vermehren werde. Er ersuche, folgenden Thesen Zustimmung: Der siebente deutsche Lehrertag erklärt: 1) Jedes Kind hat ein Recht auf den seinen Reizungen und Fähigkeiten entsprechenden Bildungsgrad. 2) „Die allgemeine Volksschule“, eine einheitliche Gliederung aller öffentlichen Unterrichtsanstalten, ist allein im Stande, dieses Recht zu verwirklichen.“

Der Bericht verzeichnet hier lebhaften Beifall, es müssen also eine ganze Anzahl von Lehrern den Ausführungen des Herrn Köhne zustimmen, und wahrscheinlich geschah es mehr aus Opportunitäts- als aus prinzipiellen Gründen, daß schließlich seine Thesen abgelehnt und dafür eine etwas verwässerte Resolution des Lehrers Rigmann-Berlin angenommen wurde, die ebenfalls die allgemeine Volksschule für notwendig erklärt, aber vorläufig als „erste Schritte“ zu derselben nur die Aufhebung der Unterschiede zwischen den bestehenden Volksschulen und des Schulgeldes „zunächst von allen Volksschulen“ verlangt.

Man höre nun aber, wie die kapitalistisch-liberale „Weiser-Zeitung“ über den Vortrag des Herrn Köhne lamentirt. Im Leitartikel ihrer Nummer vom 27. Mai — im wahren Sinne des Wortes ein Leitartikel — schreibt sie: „An dem Vorgange ist nicht der utopische Charakter des Antrags das Bedenkliche, sondern der Umstand, daß solche Dinge überhaupt in einer öffentlichen Versammlung von deutschen Lehrern

ernsthaft vorgetragen, erörtert und zur Abstimmung gebracht werden können. Allerdings hat der Lehrertag, wie sich ja erwarten ließ, gesunden Menschenverstand genug gehabt, um die Resolution des Herrn Köhne abzulehnen; aber diese Ablehnung hebt doch das Symptom nicht auf, welches in einem solchen ernsthaften Appell an die Allmacht und Allweisheit des Staates liegt. Die Zeiten liegen nicht weit hinter uns, wo es undenkbar gewesen wäre, daß der Geschäftsvorstand den Antrag zur Tagesordnung zugelassen hätte, wo sofort der abstrakten Formel die allgemein verständliche Frage entgegengetreten wäre: also mit anderen Worten, wenn ein Kind, Sohn oder Tochter, eines Mitbürgers die Reizung empfindet und die Fähigkeit zu besitzen glaubt, einen Bildungskreis erklimmen zu können, zu welchem der Weg dreitausend oder fünftausend Mark kostet, so sollen wir, d. h. die Steuerzahler, die Kosten übernehmen? und wenn hunderttausend Kinder die besagte Reizung empfinden, so werden wir drei oder fünfhundert Millionen zu erlegen haben? Mit dieser Frage würde sich damals die Anregung ohne weitere Diskussion erledigt haben. Höchstens hätte man noch weiter gefragt, wer denn mit der ungeheuren Last und Verantwortlichkeit betraut werden sollte, die Auswahl unter den Millionen Kindern zu treffen, da doch unendlich alle der sonst sehr verführerischen Reizung, bis zum einundzwanzigsten Lebensjahre aus Regimentskassen zu leben, würden fröhnen können.

Das ist der Unterschied zwischen der damaligen, vom Liberalismus beherrschten und der heutigen, von Sozialismus und Staatsabsolutismus beherrschten (durchgehenden) Gesellschaft. Was damals als utopisch von der Schwelle zurückgewiesen worden wäre, wird heute nach altem Brauch in der Saale selbst mit der freundlichen Warnung abgelehnt, „man solle sich vor Uebertreibungen hüten.“ Als wenn es sich um einen Gedanken handle, der an sich richtig wäre und nur unter obwaltenden Umständen nicht wohl sich verwirklichen ließe. Der alte Gedanke, daß die Ernährung und Erziehung der Kinder zu nächst dem obliegt, der sie in die Welt gesetzt hat, hätte wohl verdient, bei diesem Anlasse scharf ins Tageslicht gerückt zu werden. Er wird leider immer mehr verdunkelt durch den verantwortungslosen Philanthropismus der heutigen, von Sozialismus und Staatsabsolutismus beherrschten (durchgehenden) Gesellschaft. Was damals als utopisch von der Schwelle zurückgewiesen worden wäre, wird heute nach altem Brauch in der Saale selbst mit der freundlichen Warnung abgelehnt, „man solle sich vor Uebertreibungen hüten.“ Als wenn es sich um einen Gedanken handle, der an sich richtig wäre und nur unter obwaltenden Umständen nicht wohl sich verwirklichen ließe. Der alte Gedanke, daß die Ernährung und Erziehung der Kinder zu nächst dem obliegt, der sie in die Welt gesetzt hat, hätte wohl verdient, bei diesem Anlasse scharf ins Tageslicht gerückt zu werden. Er wird leider immer mehr verdunkelt durch den verantwortungslosen Philanthropismus der heutigen, von Sozialismus und Staatsabsolutismus beherrschten (durchgehenden) Gesellschaft.

Utopischer Charakter — verantwortungsloser Philanthropismus — Phantasmagorie — gut gebrillt, Mann der „wirtschaftlichen Freiheit“. Warum denn aber nicht konsequent sein und das Verbot der unentgeltlichen Volksschulen verlangen, die bereits hier und da bestehen? Warum nicht jede Unterstützung von Unterrichtsinstituten, der höheren wie der niederen, aus öffentlichen Mitteln verwerfen? Warum nicht dem Grundgesetz der individuellen Selbsthilfe in Widerspruch steht? Wozu Steuern, Leuchttürme aus öffentlichen Mitteln unterhalten? Die mögen die Herren Rheber bezahlen, die ihrer bedürfen. Wozu Kanalbauten subventioniren, anstatt den Bau von Kanälen den Interessenten zu überlassen?

Man braucht den Gedanken nur in seinen Konsequenzen zu verfolgen, um sich von seiner Absurdität zu überzeugen. Es fällt der besitzenden Klasse, auch dem freihändlerischen Theil derselben, gar nicht ein, jede Hilfe des Staates an Individuen, die nicht Almosenempfänger sind, grundsätzlich zu verwerfen, sie lassen sie nur immer gerade soweit zu, als sie mit ihren Spezialinteressen kollidiren. An dieser Grenze machen die Freihändler mit ihrer Regierung, die Staatsanbeter mit ihrer Betonung der sozialen Pflichten des Staates regelmäßig Halt. So auch in der Unterrichtsfrage. Die Liberalen fahren fort, den Universitäten u. die Reaktionsäre den Priesterseminarien u. alle möglichen staatlichen Unterführungen zuzuwenden, da ist von keiner „verantwortungslosen Philanthropie“ die Rede. Bei der Volksschule aber erwachen die moralischen Bedenken. Armenschulen aus „Wohltat“, in denen der Proletarier so viel lernt, um ein gutes Ausbendungsobjekt zu werden — ja. Die gleiche Volkserziehung als Pflicht des Staates, um wenigstens nach einer Richtung hin die Voraussetzungen zu erfüllen, die seinen Befehlen zu Grunde liegen — nein. Sie gefährdet die Monopole des Besitzes, und darum ist sie vom Uebel, ist sie — einst eine Forderung des Bürgerthums — sozialistisch, ist sie revolutionär.

Und doch muß sie verwirklicht werden, und doch wird sie verwirklicht werden — oder richtiger, und darum (z. B. weil sie revolutionär erscheint) wird sie verwirklicht werden. Denn wir sind heute in einem Stadium der sozialen Entwicklung angelangt, wo jeder wirkliche Fortschritt revolutionär wirkt.

Die Tage der Kapitalsherrschaft sind gezählt, und indem es sich der Fortentwicklung des Schulwesens, einst sein Stolz, feindlich entgegenstellt, unterschreibt das kapitalistische Bürgerthum sein Todesurtheil.

### Die neueste Maßregel in Elsass-Lothringen.

Die Maßregeln, die auf Betreiben Bismarck's in Elsass-Lothringen gegen Frankreich eingeführt wurden, reihen sich würdig den Ausnahmemaßregeln an, mit denen man bisher schon das Reichland regierte. Bismarck kann ohne Gewaltmaßregeln nicht ankommen. Statt den Elsass-Lothringern zu beweisen, daß sie als Deutsche materiell und politisch sich wohler befinden, denn als Franzosen, schlägt er die gegenwärtige Praxis ein. Alle seine Maßregeln führen den Elsass-Lothringern zu G-

müthe, daß sie eine eroberte Bevölkerung sind und sich in der Rolle von Eliekindern befinden, die man mit Schlägen zurecht zu machen sucht. Die Wirkung dieses politischen Erziehungssystems tritt denn auch immer augenfälliger zu Tage. Heute nach 17jähriger Annexion ist die deutsch-feindliche Befinnung der elsass-Lothringischen Bevölkerung größer denn je, und wenn überhaupt Deutschland in der dortigen Bevölkerung einige Sympathien erworben haben sollte, die letzte Maßregel hat sie gründlich zerstört.

Die tausendfältigen Begehungen, die durch Jahrhunderte lange Zugehörigkeit zu Frankreich zwischen diesem und den eroberten Provinzen sich gebildet haben, lassen sich nicht durchschneiden, ohne die schwersten Wunden zu schlagen, ohne in die weitesten Kreise der Bevölkerung die höchste Erbitterung zu tragen. Die Maßregel wäre eine Thorheit, wenn sie zwischen Kulturländern wie den süddeutschen Staaten und der Schweiz eingeführt werden sollte, sie erscheint wahnsinnig unter Verhältnissen, wie sie im Verleß zwischen Frankreich und Elsass-Lothringen bestehen. Sie kann nur erlassen werden von einem Staatsmann, dessen wahre Heimath Hinterpommern oder die russische Grenze ist, und der nach den Verhältnissen dieser Gegenden seine politischen Maßregeln trifft. Und sogar an der russischen Grenze werden die Grenzplacereien, die Rußland gegen Deutschland übt, auf deutscher Seite voll Erbitterung empfunden und nur ingrimmig ertragen.

Die Rolle, die Rußland im Osten und gegenüber spielt, spielt das deutsche Reich im Westen gegenüber Frankreich. Dort Barbarei und hier Barbarei.

Eine Frechheit ist, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zur Rechtfertigung dieser Maßregel sagt, und ebenso der Wunsch, welchen sie daran knüpft. Sie sucht diese, das deutsche Regierungssystem vor der ganzen kultivierten Welt brandmarkende Maßregel mit Hinweis auf die Agitationen zu rechtfertigen, die französischerseits im Reichsland betrieben würden. Sie ignoriert aber, daß nirgends in Deutschland die Polizeiherrschaft eine so allgewaltige über die ganze Bevölkerung ist, als in den eroberten Provinzen. Sie verschweigt, daß Staatsanwälte und Richter mit den verschiedensten Ausnahmeseizen noch aus altsranzösischer Zeit — die in Frankreich anzuwenden jede Regierung sich hätten würde — regieren können und operiren, daß es also an ausreichenden Waffen für eine Staatsgewalt gegen eine ihr widerstrebende Bevölkerung wahrlich nicht fehlt. Könnten Ausnahmeseizen ein Volk überhaupt zur Fügsamkeit unter die Staatsgewalt bringen, in Elsass-Lothringen müßte dieses Kunststück längst gelungen sein.

Aber das Gegentheil ist eingetreten, wie jeder Vernünftige voraussetzt, und die Segner der Annexion in Deutschland vorausgesetzt haben. Wenden wir also Skorpionen an, wenn bisher die Peitsche nichts half, unterbinden wir die materiellen, geistigen, gemüthlichen Beziehungen, die beide Bevölkerungen noch unterhalten! Kennen wir sie, als wohnen sie in zwei verschiedenen Welten! Gebieten wir dem Wasser, rückwärts zu fließen, und dem Feuer, daß es nicht brenne! Das ist die reichsdeutsche Regierungspolitik, mit der in den amnestirten Provinzen „moralische Eroberungen“ gemacht werden.

Damit aber das angewandte Mittel recht ansschlag, hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Unerserenheit, Frankreich förmlich einzuladen, seinerseits zu gleichen Maßregeln gegenüber Deutschland zu greifen, damit die Absperrung vollkommen, die hinesische Mauer eine unübersteigliche werde.

Hätte die französische Regierung einen Augenblick den Gedanken gefaßt, Deutschland mit gleicher Ränge zu bedienen, sie hätte sicher nach dieser offiziiellen Anspornung den Gedanken sofort aufgegeben.

Wie zu erwarten war, hat Frankreich den einzig richtigen Weg ergriffen. Es überläßt es der deutschen Reichsregierung und den deutschen Chauvinisten, sich vor der ganzen Welt zu klaniren, und trägt Fürsorge, daß seine nach dem Osten reisenden Bürger ohne Berührung der westdeutschen Grenzen ihr Ziel erreichen.

Was hat also die Reichsregierung mit ihrer Maßregel gewonnen? Nichts, absolut nichts, aber sie hat den Spott und das Achselzucken der gesammten kultivierten Welt sich erworben, und das Reich, Elsass-Lothringen in erster Reihe, hat den schwersten Schaben daran. Endlich ist die Wirkung der Maßregel das Entgegengesetzte dessen, was sie erreichen sollte. Die Reichsfeindlichkeit der Bevölkerung wächst ins Ungeheure, höchste Erbitterung erregt alle Gemüther, das geben selbst die Partisanen der Regierung zu. —

Deutschlands „größter“ Staatsmann wird alt, sehr alt, er macht Geniestrichle, die ihn schließlich um allen Kredit bringen. Wir sehen den Tag kommen, wo Deutschland wie von einem Alp erlöst aufatmet, wenn er so oder so das Staatsruhr niederlegt.

Eine Erklärung gibt es allerdings für alle diese immer und immer wieder nur gegen Frankreich sich richtenden, provozirenden Maßregeln, während man von Rußland, ohne mit der Wimper zu zuden, die besten Fugtritte binnimmt.

Bismarck hat alle Ursache, die Aufmerksamkeit des Volks von den inneren Zuständen abzulenken. Das Volk soll nicht aus der Angst, nicht zur Bestimmung kommen. Daher das fortwährende Kriegsgeschrei, die ewigen Kämpfe mit Frankreich, die giftigen Anschuldigungen des Nationalhaßes. Und noch ein zweiter Grund kommt hinzu. Die französische Republik, die dem Junker Bismarck ein Dorn im Auge ist, soll um jeden Preis diskreditirt werden. Darum die ununterbrochenen Verabredungen französischer Einrichtungen und französischer Handlungsweise durch eine wohlorganisirte Presse. Und aus demselben Grunde die heimliche Sympathie mit Rußland, trotz alledem und alledem.

Frankreich ist in den Augen des deutschen Reichthums der Herd der europäischen Revolutionen, Rußland der Hort der europäischen Reaktion und Legitimität. In dieser Auffassung liegt das Geheimniß der politischen Thätigkeit Bismarck's, der Schlüssel zu seiner ganzen Politik. d.

### Aus Frankreich.

Paris, 26. Mai.

Wir haben bereits der unnatürlichen Verbindungen erwähnt, zu denen der Boulangerismus Veranlassung oder Vorwand geliefert hat. Die Waffenbrüderlichkeit zwischen einem Theil der bürgerlichen Republikaner (Radikale und linksstehende Opportunisten) und den „Possibilisten“ der Arbeiterpartei ist jetzt offiziell in der Form einer „Gesellschaft der Menschenrechte“ („société des droits de l'homme et du citoyen“) besiegelt worden.

Die Konstituierung der genannten Vereinigung fand statt in einer geschlossenen Versammlung, zu der Clemenceau als Vertreter der Radikalen, Joffrin als Vertreter des Arbeiterverbandes und Ranc als Vertreter der linksstehenden Opportunisten eingeladen hatten, und an der gegen 400 Mitglieder der genannten Parteien (Senatoren, Deputirte, Gemeinderäthe u.) theilnahmen. Den Vorsitz führte Clemenceau, Beisitzer waren Ranc und Joffrin, Sekretäre Paul Brousse und Pichon. Clemenceau stellte als Ziel der Gesellschaft hin die Gruppierung aller republikanischen Kräfte zur gemeinsamen Aktionspolitik gegen jede Re-

aktion und jede Diktatur. Sie solle den großen politischen Vereinigungen gleichen, wie sie zur Zeit der großen Revolution bestanden. Die verlesene Prinzipienklärung lautet zusammengefasst wie folgt: Die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Familie schließen sich beifolgend dem bürgerlichen Gesetze an. Das Einverständnis dauert so lange wie die Gefahr. Höchstes Ziel der Gruppierung ist die Revision der Verfassung im republikanischen Sinne, Wiederaufnahme und Fortsetzung der nationalen Bewegung der großen Revolution, Schutz der individuellen und öffentlichen Freiheit, der Presse, Rede- und Propaganda-Freiheit, des Versammlungs- und Assoziations-Rechts, allseitige Entwicklung der Republik durch schrittweise Verwirklichung der entsprechenden politischen und sozialen Reformen.

Mittel zum Zweck ist in Gemäßheit der republikanischen Tradition die Gründung von politischen Vereinigungen, welche alle demokratischen Rechte zusammenfassen.

Ein provisorisches Komitee von 31 Mitgliedern ist mit der Organisation von Versammlungen etc. beauftragt. In dem Komitee sind Radikale, Opportunisten und Possibilisten vertreten, außerdem der Sozialist Journaire und der „Revolutionäre“ Lissagaray, beide als „Unabhängige“. Verschiedene Redner sprachen zu der Erklärung, am besten Longuet, welcher darauf hinwies, daß die Abschaffung politischer Rängel allein den Sozialismus nicht beschwöre, daß ihm nur durch Steuerung der ökonomischen Verhältnisse vorgebeugt werden könne. Die wahre Republik ist mit der heutigen Gesellschaftsordnung unvereinbar, sie fordert eine Umgestaltung des sozialen Organismus. Longuet sprach weit sozialistischer als der Vorsitzende der Possibilisten, Chabert, welcher lediglich erklärte, seine Partei werde trotz der Vereinigung ihr Programm ausführen.

Dieser Anschlag der Possibilisten an die bürgerlichen Republikaner hat in sozialistischen Kreisen viel Unheil gemacht. Der bekannte Kommune-general Cluseret, über dessen militärische Leistungen man streiten kann, dessen Ehrlichkeit aber unbestritten ist, bezeichnet ihn in einem Brief an den „Cri du Travailleur“ (sozialistisches Organ des Nord-Departements) als das „Begräbnis des Possibilismus als sozialistischer Partei“. Er bedauert die Preisgabe des Prinzips des Klassenkampfes. Was die Arbeiter von den Vorfällen und Versprechungen der Radikalen zu hoffen haben, wissen sie leider nur zu gut. Die Geschichte der letzten 18 Jahre enthält auf jeder Seite die Quittung über die Schwäche und Halbheit der bürgerlichen Demokratie.

Zweifelsohne ist der Zweck der Vereinigung in erster Linie eine Kartellbrüderschaft für die bevorstehenden Wahlen. Cluseret nennt sie nicht mit Unrecht „eine Wahlbrüder“. Jede Richtung hofft mit Hilfe der übrigen eifrigen Kandidaten mehr durchzusetzen, als es sonst der Fall wäre. Das ist Alles.

Von Seiten der bürgerlichen Parteien braucht eine solche Kattil nicht zu verwundern, und die Possibilisten haben ihre Genossen schon längst an derartige praktische — Wandlungen gewöhnt. Sie benutzen jeden Vorwand, der ihnen erlaubt, das unpopuläre sozialistische Programm bei Seite zu schieben. Uebrigens sei hier bemerkt, daß sich ein Teil der Mitgliedschaft der „Union liberative“ gegen den Anschlag an die bürgerlichen Parteien erklärt hat.

Uebrigens wird sich die „Gesellschaft der Menschenrechte“ wahrscheinlich bald als todgeborenes Kind erweisen. In dem Augenblick, da es sich darum handeln wird, die Aktion zu Gunsten der Revision wirklich in die Hand zu nehmen, werden die jetzt vertuschten Differenzen der verschiedenen Richtungen deutlich hervortreten. Es kommt bei der Forderung der Revision nicht darauf an, daß, sondern was und wie revidiert werden soll, und die sich aus dieser Frage ergebenden inneren Konflikte müssen die Tätigkeit der Gesellschaft lähmen. So wird sie, abgesehen von eifrigen Wählerfolgen, die ihr besonders in Paris, wo der kleinbürgerlich-radikale Geist unter der Bevölkerung vorherrscht, in Aussicht stehen, auf den Gang der Ereignisse nur einen sehr untergeordneten Einfluß ausüben.

Zehntausende existenzlos, Hunderttausende bodenlos geschädigt werden? Wenn nur Junker X und Banquier Y ihre Vermögen „arrondieren“, alles andre ist gleichgültig.

Glaubt man, daß wir überleben? Wir könnten jeden Tag, den wir geschrieben, mit Pitaval aus durchsichtigen, bürgerlichen Zeitungen Deutschlands belegen. Man höre nur, was die gemäßigt liberale „Magdeburger Zig.“ mit Bezug auf die von der Bismarckischen Berliner „Post“ (in einem der Form nach „inspirierten“, und von dem hochoffiziellen Wolffschen Telegraphenbureau sofort in die Welt hinaus telegraphierten Artikel) erhobene Forderung von neuen „Zollrepressalien“ gegen Rußland schreibt, wobei zum Verständnis der Sache noch bemerkt werden muß, daß diese Zollrepressalien in einer Erhöhung der Kornzölle auf das Doppelte bestehen sollten, d. h. in einer Maßregel, welche dem deutschen Volk das Brod verteuern, dem pommerischen Junker seine Profiten erhöhen müßte:

„Die offiziellen Blätter, die noch vor wenigen Tagen die Nothwendigkeit sozialistischer Repressalien auseinandergesetzt hatten, schreiben nunmehr, daß derartige Maßregeln „für jetzt“ nicht zu erwarten seien. Das „für jetzt“ ist wohl nur geschrieben, um den Rückzug in einem Feldzuge zu maskieren, der zu Gedanken eigener Art Veranlassung geben muß. Der Schlagtruf ist aufgenommen und unterstützt worden von einem Theile der Presse, der sich selbst seiner „zuverlässigen Informationen“ zu rühmen pflegt. Man könnte einwenden und man hat eingewendet, daß schon die öffentliche Ankündigung der bevorstehenden Repressalien Zweifel an der Richtigkeit der Maßregel hätte hervorrufen müssen. Die Wirkung eines solchen Schlags würde dadurch zum großen Theil aufgehoben worden sein. Dieser Einwand ist unabweislich begründet. Aber leben wir nicht in einer Welt, die sehr oft auch das Unvernünftige zur Richtschnur ihrer Handlungen zu machen pflegt? Wäre es nicht auch richtig gewesen, damals, als die Absicht bestand, die Getreidezölle zu erhöhen, dieselbe so lang wie irgend möglich geheim zu halten? Statt dessen wurde diese Zollherhöhung von agrarischer Seite schon im Winter des vorigen Jahres angekündigt, und man hat sich dann den Kopf zerbrochen, um geeignete Bestimmungen zu erfinden, welche die mit den vorherigen Ankündigungen der Zollherhöhung beangetzten Theorien wieder gut machen sollten. Im gegenwärtigen Falle wurde sogar Jeder, der nicht ohne Weiteres die Nothwendigkeit von Zollrepressalien gegen Rußland zugeben wollte, mit dem Vorwurf „republikanischer“ Opposition belästet, und so kann die Thatsache gar nicht wundernehmen, daß die Ankündigung derselben, die übrigens — auch Bezeichnend genug — einem kleinen Kreise von Spekulanten, wie von der Berliner Börse gemeldet wurde, bekannt war, noch bevor sie im Druck erschien, Glauben gefunden und Verluste verursacht hat, deren Umfang sich noch gar nicht übersehen läßt. Es wäre eine dankbare, freilich ein wenig erfreuliche Aufgabe, einmal eine ungefähre Schätzung der Verluste anzustellen, die durch solche Deunruhigungsversuche dem deutschen Volkswohlstand zugefügt worden sind. Es würden sich unzweifelhaft Summen ergeben, drei, vier, fünfmal so groß, als Beträge, um welche die gewisshafte Regierung und die gewisshafte Volksoberleitung oft wochen- und monatelang miteinander verhandeln.“

Was das für „Gedanken eigener Art“ sind, von denen oben die Rede ist, liegt nach dem, was hinterher ausgeführt wird, auf der Hand. Gewisse politische Größen und gewisse Böhmer haben gemeinsam einen Raubzug ausgeführt und dabei Millionen eingehemmt. Die Berliner sind in diesem Falle andere Böhmer und daher die unverhüllte Entwürdigung der Magdeburgerin, in hundert anderen Fällen, namentlich wenn lässig mit dem Säbel gerasselt wird, ist es die Klasse des Volkes. Und es spielen die Spähen von den Dächern, daß auch gewisse Kriegsinstitutoren, noch bevor sie im Druck erschienen, einem kleinen Kreise von Spekulanten bekannt waren — eine Wissenschaft, die unter Brüdern Millionen werth zu sein pflegt.

Was sind gegen solches Treiben die Vorgänge in den verurtheilten Spielhäusern? Kleinigkeiten, wie Franz Worr sagen würde. Dort werden höchstens einzelne, in der Regel schon moralisch angefaulte Individuen zu Grunde gerichtet, hier wird die Grube von Hunderttausenden fleißiger Individuen in freiespielende Weise preisgegeben, dort spielt die Hefe der Nationen unter sich um das persönliche Sein und Nichtsein, hier spielt ebenfalls die Hefe der Nationen, aber in den Mantel der Respektabilität gehüllt und um Sein und Nichtsein Anderer. Unter dem Treiben in den Spielhäusern leiden nur die direkten Theilnehmer, unter diesem Treiben aber in den Kabinetten und an den Börsen leiden am meisten, ja man kann sagen ausschließlich die Nicht-Spieler, und ihre Zahl bezieht sich nach Hunderttausenden, nach Millionen. Die Schuldigen aber entziehen sich jeder Verantwortung, für sie giebt es keine Kontrolle. Ihr öffentliches Gebahren deckt die schillernde Hülle „Patriotismus“, und das andre steht einzig und allein in dem Geheimbüchern gewisser Bankiers.

In diesen Geheimbüchern wird der künstliche Historiker wichtigeres Material finden zur Beurtheilung unserer Zeit und ihrer großen Staatsmänner als in allen politischen Aktenbüchern, welche die Staatsarchive füllen.

Gegen das freiespielende Spiel aber giebt es kein Gesetz, das stark genug wäre, es auszurotten. Nur eine Möglichkeit giebt es, ihm den Sarg zu machen und das ist, ihm den Boden zu entziehen durch Besetzung seiner materiellen Voraussetzungen. Je mehr die Völker die Entscheidung über ihre Geschichte, über Krieg und Frieden aus den Händen geben und genialen Staatsmännern anvertrauen, um so mehr wird das freiespielende Spiel mit ihrem Wohl um sich greifen, um so weniger werden sie zur Ruhe kommen, je mehr sie dagegen ihre Geschichte unabhängig machen von den Lannern einzelner Individuen und die Entscheidung über die Lebensfragen des Gemeinwesens von der eigenen Beschlussfassung abhängig machen, um so weniger werden sie von geschickten Spielern ausgebeutet werden. Es ist kein Zufall, daß Deutschland heut die größte Spielhölle Europas ist, es hat ja den größten Staatsmann an seiner Spitze, in dessen politische Firkel kein Sterblicher dreinzureden sich unterfangen darf. Wohl dem deutschen Volke, wenn es endlich zur Einsicht kommt, daß die genialen Staatsmänner immer zu theuer bezahlt werden.

Paris, 5. Juni 1888.

— Eine wunderbare Mähr macht die Kunde durch die deutschen Zeitungen. Der Kaiser soll anlässlich der Erörterungen im preussischen Abgeordnetenhaus über die Wahl im Landtagswahlkreis Marienburg an Puttkamer geschrieben haben, er erwarte, daß bei den nächsten Wahlen keinerlei Wahlbeeinträchtigung seitens der Regierung stattfinden. Puttkamer, statt diesen Wink mit dem Zaunpfahl zu verstehen und sich ins Dunkel zurückzuziehen, soll eine Denkschrift zu seiner Rechtfertigung einreichen wollen. Wenn diese Denkschrift ebenso ausfällt wie jene, womit er die kleinen Belagerungsstände im Reichstag rechtfertigte, kann sie nur von Scheinheiligkeit und Verlogenheit sprechen.

In Marienburg kam in erster Linie der Bruder des Ministers als Abgeordneter in Frage. Um ihn durchzubrüden, wurden Mittel angewandt, die bisher selbst in Preußen unerhört waren, und das will viel heißen. Dies und vieles Andere zu rechtfertigen, dazu gehört eine eiserne Stirne, mit der allerdings Herr v. Puttkamer wie kein zweiter Sterblicher begnadet ist. Es trägt sich nur, ob der Höheren sich ebenso leicht mit einer Puttkamer'schen „Denkschrift“ abweisen läßt, wie die Majorität des Reichstags.

Die Herr von Puttkamer mit allen, aber auch mit allen Mitteln kämpft, um seine und seiner Klasse Interessen, das in seinen Augen natürlich das Staatsinteresse ist, zu wahren, darüber folgendes Beispiel, von dem wir ganz neuerdings Kenntniss erhielten:

Ende Februar, also kurz nach den bekannten Sozialistengesetzesdebatten, in denen Herr Puttkamer eine so traurige Rolle spielte, erließ er an das Berliner Polizeipräsidium den Befehl, im Falle einer Mobilmachung alle Eisenbahnbrücken und Uebergänge mit doppelten Schußmannsposten zu besetzen, um die Sprengung der Brücken und Uebergänge durch die Sozialdemokraten zu verhindern.

Was war der Sinn dieses Befehls, zu dem natürlich nicht der allergeringste Anhalt vorlag? Herr v. Puttkamer spekulirte, daß, wenn unter der Aufregung einer

Mobilmachung eine solche Maßregel bekannt würde, alsdann die fürchterliche Erbitterung gegen die Sozialdemokratie in Berlin und ganz Deutschland ausbrechen würde, und unter dem aufregenden Eindruck, den ein solch niederträchtiger Plan hervorgerufen hätte, es gelingen werde, die denkbar schärfsten Maßregeln gegen die Partei auszuführen. Es sollte ein zweites 1878 insofern werden. Damals hat man die Attentate gegen die Partei in der schamlosesten und abscheulichsten Weise ausgebeutet, um ihr das Ausnahmegesetz aufzuhängen, jetzt bedachte man mit Hilfe aus der Luft gegriffener Klagen und der erdichteten Zeugnisse einiger Lockpfeiler die Aufregung über die Mobilmachung zu einem zweiten, noch schlimmeren Schlage auszunutzen.

Dieser Plan ist in der That raffiniert erdacht, entspricht aber ganz dem, was wir Herrn von Puttkamer zutrauen. Die Quelle, aus der wir obige Nachrichten schöpfen, läßt keinen Zweifel an der Richtigkeit zu.

Und da wir einmal bei den Enthüllungen sind, mag noch eine zweite folgen.

Bei dem Lockpfeiler Schröder wurde bekanntlich eine Riste Dynamit gefunden, die aus der Dynamitfabrik Opatzen bei Düsseldorf herstammte. Aber nicht bekannt war bisher, daß Schröder sofort nach Eintreffen der Riste den Polizeirath Krüger davon in Kenntniss setzte, ferner, daß er mit Wissen der Berliner Polizei die Riste bei sich aufbewahrte und Polizeirath Krüger benachrichtigte, er werde ihn wissen lassen, sobald das Dynamit soll Verwendung finden.

Ist das nicht neugierig? Ein königlich preussischer Polizeipionier mit Wissen seines obersten Vorgesetzten in Besitz von Dynamit, das dieses selbstverständlich nicht zu Vergnügungszwecken aufbewahrt.

Das ist aber noch nicht Alles. In der bei Lockpfeiler Schröder gefundenen Dynamitkiste fand sich auch eine kunstvoll gearbeitete Wurf Bombe mit ausfälliger Gebrauchsanweisung von der Hand des bekannten „Anarchisten“ Kaufmann, der ebenfalls im Solde der Berliner Polizei stand und jetzt in London intimer Freund und eifriger Parteigänger von — Peukert ist!

Dynamit und Bombe — von Lockpfeiler angefertigt und mit Wissen der Berliner Polizeikasse bis zum Augenblick der „praktischen Verwendung“ aufbewahrt — fürwahr Herr von Puttkamer und Herr Krüger sind ein nettes Gespann, man sollte sie in Gold fassen und ihnen das bayrische Schnabohäufel widmen:

Ja so woa, wie wir woa — die findt' man net glei, Denn wir san ja, wir san ja — die ordentlichsten Leut'!

— Hundert und zehn Monate Gefängniß hat das Leipziger Landgericht, unter der Direction des Herrn Hänischel und dem Vorsetze des Herrn Bartsch über 27 Verbreiter des Flugblattes zum Kundent an den 18. März verhängt.

Hundert und zehn Monate Gefängniß! Und schließlich 27 Ausweisungen! 27 gestörte Existenzen! Natürlich, es sind ja nur Arbeiter, nur Sozialdemokraten, die getroffen werden! Und solches Gefindel verdient kein Mitleid, hat kein Recht auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit! Wenn der Ständer und das Kartellbrüderpack von rohen Appellen an die Leidenhaftigkeit und von Majestätsbeleidigungen förmlich trieft, so ist das ganz in der Ordnung — kein Staatsanwalt, kein Gerichtshof hat Augen dafür. Allein wenn Arbeiter und Sozialdemokraten es wagen, in maßvoller Form ihr Recht zu fordern, das Unrecht zu brandmarken und an eine glorreiche Vergangenheit zu erinnern —

hundert und zehn Monate Gefängniß!

Damit die Leser, und insbesondere die schweizerischen Leser, sehen, welche Rechtszustände in Deutschland herrschen, und gegen welche „Ausbreitungen“ sich die Verfolgungen der Nachthaber richten, bringen wir in heutiger Nummer das Flugblatt zum Abdruck.

— Das Leipziger Flugblatt, welches von dem Leipziger Räte- und Oberstaatsanwalt Hänischel als „Schandblatt“ bezeichnet, und von den Leipziger Richtern an 27 Angeklagten mit zusammen hundert und zehn Monaten Gefängniß bestraft wurde, lautet wie folgt:

### Andas Volk!

Ein Gebendblatt zum 1. März.

Vor 40 Jahren war's — im Jahre 1848, dem Jahre des Völkerrückgangs, der vielen Hoffnungen und geträumten Illusionen. Damals ermannte sich das Volk zum Kampf gegen Despotie und Tyrannie! Aber diejenigen, deren Reich es gebracht, haben es vergessen, und nur noch von denen wird es gefeiert, deren Sache in seinen Tagen im Blut erstickt ward — von den Arbeitern.

Die Revolution von 1848 war eine bürgerliche. Aber sie wurde erkämpft von Arbeitern. In Paris, in Wien, in Berlin — überall waren es fast ausschließlich Arbeiter, die auf den Barricaden kämpften die mit ihrem Verblut eintraten für die Niederwerfung des alten halbabsolutistisch-feudalen Polizeistaates. Damals selbstlos, opferwilligen Eintretens der Arbeiter sei dem Bürgerthum die Herrschaft in den Schoß. Dank der Feigheit und Unfähigkeit des Bürgertums aber ging das Eroberte bald wieder verloren, verloren um einem System der traurigsten Korruption, der brutalsten Niedertracht Platz zu machen. Sehe man hin in Deutschlands Gauen überall daselbe Bild: Unterdrückung der breiten Grundlage des Gemeinwesens, des Staates, also der Arbeiter, in der brutalsten Art — Stellung derselben unter Ausnahmegesetze! Das ist der oberste Grundhaß der Staatslenker und der herrschenden Klassen. Von Haus und Hof aus der Heimath, von der Familie, von Weib und Kind — so lautet die Gesetze des heutigen Unterdrückungsstaates — wird der gejagt, welcher es wagt, nach seiner freien Ueberzeugung für eine neue Zeit zu wirken, die der Menschheit ein menschenwürdiges Dasein bringt. Selbst die allereinfachsten und bescheidensten Forderungen der Arbeiter, welche ihnen das gesetzliche Koalitionsrecht verbürgt und welche zu nichts weiter dienen können, als dem Arbeiter die Möglichkeit zu gewähren, im Rahmen der herrschenden Produktionsweise günstigere Lohnbedingungen zu erlangen — selbst diese werden unmöglich gemacht. Und wie sieht es sonst mit dem freien Vereins- und Versammlungsrecht? Wie mit der Pressefreiheit u. s. w.? Man sieh nur auf die Tagesereignisse. Rassenhafte Auflösungen von Vereinen, Verbote von Versammlungen und Zeitungen, polizeiliche Maßregelungen aller Art und ohne Zahl erscheinen, wo es sich um Arbeiterbestrebungen handelt. Der Bourgeois und den Nachthabern der heutigen Gesellschaft dagegen stehen alle Freiheiten unbehindert zur Verfügung. Und doch heißt es im geschriebenen Befehle: „Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich.“ Welch hohle Phrasen!

Um aber diesem Gebilde des Unrechts und der Unterdrückung die Krone aufzusetzen, werden Dinge durch die deutsche Regierung eingeführt die aller Royal Hoßn sprechen. Die Regierung läßt ein System des politischen Spionages, welche den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter den letzten Rest geben soll. Wird dies gelingen? Diese Spione haben die Aufgabe, die Arbeiter zu Thaten aufzufordern, welche dem Prinzip der Arbeiter zum Verlaufen, zu Gewaltthaten gewöhnlicher Art. Was ist aber die Arbeiter zu solchem thörichtem Thun nicht verleiten, sondern entlarven die Spione, so werden nicht diese, sondern die Arbeiter unter Anklage gestellt. Die Spione, agents provocateurs, die Aufreger zu Gewaltthatigkeiten bekennen dagegen auf Verwendung des Polizeiministers v. Puttkamer Befolgungen, Ehrenzeichen und Orden. Wie konnte Deutschland so tief sinken? Nur durch das Bündniß der Bourgeoisie mit der Regierung, die es beide verstanden haben, die Situation zu beherrschen. Ob es ihnen gelingen wird, auf der Höhe der Situation dauernd zu bleiben? Unmöglich, man müßte denn am Fortschritt der Menschheit verzweifeln!

Wie aber soll und die Rettung kommen? Soll sich das Volk alle Nackenschläge geduldig gefallen lassen? Dadurch es nützt es nur zu weiterer Drangsalirung. Kein Volk ist frei, das nicht jeden Augenblick bereit ist, für seine Freiheit den Kampf aufzunehmen, das nicht seine revolutionären Traditionen hochhält. Wenn es daher bei der deutschen Bourgeoisie Sitte geworden ist, über das „tol-

## Sozialpolitische Rundschau.

### Die europäische Spielhölle.

Unser Zeitalter ist ein ungemein moralisches, der Kampf gegen das Laster ist seine Devise. Es hebt die Verdelle auf, es lüch die Last der Schandthaten zu verringern, es unterdrückt die Spielhöllen. Damit wird natürlich weder der Trunk, noch die Prostitution, noch das Spiel aus der Welt geschafft, aber die Raß, die Raß, d. h. die Reputation, ist getretet.

Naturam farca expellas, tamen usque recurrit — lautet ein lateinisches Sprichwort. Und wenn du die Natur mit der Neugabel austreiffst, so wird sie doch immer wieder zum Durchbruch kommen. Was in den natürlichen Verhältnissen begründet ist, läßt sich mit Gemaltmaßregeln nicht unterdrücken. Natürliche Verhältnisse übersetzen sich in einer gegebenen Epoche in gesellschaftliche, wirtschaftliche Verhältnisse, insofern dieselben als Grundlage der Gesellschaft allgemeine Geltung haben. So z. B. die Theilung der Gesellschaft in verschiedene Klassen, obwohl dieselbe an sich durchaus nicht „natürlich“ ist. Solange diese Klassenunterschiede bestehen, wird auch die moderne Prostitution bestehen, sie bilden die „natürliche“ Grundlage. Alle Defamationen, alle Verbote richten dagegen nichts aus. Und ebenso verhält es sich mit Trunk und Spiel.

In keinem Staat ist man energischer gegen die Spielhöllen vorgegangen als im tugendhaften Deutschland. Wird deshalb dort etwa weniger gespielt? Mit nichten. Es wird nur unter andern Formen gespielt. Alle Sorten Hazardspiele florieren, Ankummen werden in gewissen „Zirkeln“ gewonnen und verloren, im Roulette, im Karten, im Würfelspiel, und was der Systeme sonst noch sind, die es den großen Herren erlauben, den gewonnenen Arbeiterscheiß einander „spielen“ abzunehmen. Neben diesem, wenigstens insofern sozial harmlosen Spiel, als es sich bei demselben um Wertge handelt, die dem Volke bereits abgeprecht sind, und es diesem sehr gleichgültig sein kann, ob sich der Mehrerwerb in den Händen des Grafen X oder des Bankiers Y befindet, sobald er sich überhaupt in Händen befindet, denen er so wenig gebührt als dem Schwemninger die Reichthumspalme, neben der Küsträckerlei auf Gegenfeitigkeit blüht aber in Deutschland wie in keinem anderen Lande das viel schlimmere Spiel um das, was dem Volk erst abgenommen werden soll, und zwar durch und vermittelt des Spiels erst abgenommen werden soll. Das Spiel mit dem täglichen Brod des Volkes — nicht nur im übertragenen, sondern auch im buchstäblichen Sinne des Wortes, das Spiel mit dem Blut des Volkes, das Spiel an den Börsen, das Spiel in den Kabinetten. Nirgends wird so schamlos auf dem Rücken und auf Kosten des Volkes gespielt als in Deutschland.

Eine Bande politischer Abenteuerer, die nach Stellungungen lüßern oder um ihre erschlungenen Stellen besorgt sind, spielt in gewissenloser Weise mit dem Wohle, mit den Lebensbedingungen des Volkes, indem sie durch fortgesetztes Ausspielen des Kriegsspiels zum Vortheil ihrer persönlichen und Klienteninteressen die Kriegsgesfahr immer näher heraufbeschwören. Und in ihrem Geselze, unter der Hand mit ihnen auf gemeinsame Rechnung arbeitend, benutzt eine Bande gieriger Karaboure jede von ihren politischen Patronen angezeigte Deunruhigung der öffentlichen Meinung, dem Volke immer mehr von seinen letzten Ersparnissen abzupapfen. Die Proletarier, die nicht ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft, sind in keinem Kulturstaate so schrankenloser Ausbeutung unterworfen als in Deutschland, die keinen Leute, die noch etwas haben, werden nirgends so rücksichtslos ausgebeutet als in Deutschland. Deutschland hat heute von allen Kulturstaaten die zurückgebliebenste Fabrikgesetzgebung, den geringsten Arbeiterschutz, in keinem Lande arbeitet man so unerschrocken daraufhin, dem Volke die nothwendigsten Lebensmittel zu verteuern — alles zu Gunsten einer Handvoll Privilegirter, der Strauchritter des Grundbesitzes und der hohen Finanz, alles um „Millionen zu züchten“.

Zu diesem edlen Zweck ist den politischen Stellenjägern, den Karabouren des Schlachtfeldes — heute des wirtschaftlichen wie morgen des wirklichen Kriegsfeldes — jedes Mittel recht, keines ihnen zu schlecht. Da wird im Kampfe gemacht, werden die Völker gegeneinander gehetzt und geschürt, bloß um das „Geschäft“ zu heben. Was macht's, wenn das wirkliche Geschäftsleben, wenn Handel und Verkehr darunter leiden,

Jahr 48, das doch ihr am meisten Vortheil gebracht, zu spotten, so halten wir, die Partei der Arbeiterklasse, das Andenken dieses Jahres der Freiheit in Ehren und gedenken dankbar der damaligen Freiheitskämpfer, ob sie im März auf den Barricaden, ob sie später in Baden auf dem Schlachtfelde gefallen oder ob sie im Kaiserlichen Festungsgraben meuchlings erschossen worden sind. Mag ein verächtliches Renegatenhum die Kämpfer jener Zeit verspotten und verleumben — wir feiern sie als die Ersten, die das Banner einer neuen Zeit getragen!

Denn die Märztage des Jahres 1848, die ersten Siegestage des Volkes, bilden trotz alledem die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland und eröffnen die Bahn einer neuen Epoche. Dem Ziele der Bewegung jener Tage treiben wir zu durch die Nacht der Verhältnisse, durch den wirtschaftlich-politischen Entwicklungsengang, der durch nichts gehindert werden kann, der aber durch die Arbeiter in die richtigen Bahnen trotz aller Gegenströmungen geführt wird! Die Gegenströmungen, welche vereint Regierungen und Bourgeoisie in Szene setzen, sind verschiedener Art: rücksichtslose Durchführung der Ausnahmeverordnungen, Anbahnungen von Verschärfungen, welche selbst einem Theil der Bourgeoisie zu brutal erscheinen, Verschneidung des Wahlrechts, Einführung einer Sozialreform, welche als Juckerbrot im Gegensatz zur Jüchtigkeitspolitik für den Arbeiter dienen soll. Welche grobhartigen Leistungen krebt die Regierung in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter an! Da soll der Arbeiter, wenn er 70 Jahre alt wird, die probante Rente von 33 Wfr. pro Tag erhalten. Wer laßt nicht zu solcher Arbeiterfreundlichkeit? Heißt das nicht zu der Unterdrückung des Volkes führen?

Und wenn alle diese Maßnahmen nicht genügen, das Volk, die Arbeiter zu beschwichtigen, dann wird das bekannte alte Entlassungsrecht herangezogen: der Glaube an das Uebernatürliche und Unsinnlige, die Religion muß dem Volke erhalten bleiben. Jüngst sagte Fürst Bismarck in der bekannten Reichstagsrede: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Würde er aber Gott fürchten, so könnte er unmöglich Dinge einführen und verschleiben, die all: Menschlichkeit aufheben und das Menschenrecht mit Füßen treten. Er fürchtet nicht Gott, sondern er fürchtet vor allem die Arbeiter, die den Klassenhaß abschaffen und gleiche Rechte und Pflichten einführen wollen, denn dann wird es aus sein mit der Herrlichkeit aller Gewaltthätiger und des Gottesgnadenhumors.

Ein weiteres beliebtes Mittel, um das Volk von dem berechtigten Bestreben zur Erlangung seiner politischen und wirtschaftlichen Freiheit abzulenken, ist das Komödientenspiel der ständigen Kriegsgefahr. Mit welchen Unsummen von Geld wirtschaften die Regierungen, allen voran die deutsche, in dem riesenhaften Ausbau des Militärsystems, wie übermäßig und unvernünftig wird das Volk heute durch dieses System, das es auf die Dauer unmöglich ertragen kann, ausgezogen. Der Kriegsschwindel ist es auch, der durch seine Beängstigung der Geschäftswelt alles Vertrauen benimmt und dadurch die Erwerbsverhältnisse des Volkes noch schwieriger macht. Ein solcher Zustand der unaufrichtigen Beunruhigung ist verwerflich. Er muß und kann geändert werden, wenn das Volk sein Mitrederecht nicht vergißt, wenn es bei Wahlen durch die Erwählung von Arbeitervertretern zeigt, daß es friedlich gesinnt ist und nichts zu thun haben will mit denen, welche an Krieg und Kriegsfurcht ein persönliches Interesse haben. Die energische Willensäußerung der Wähler in diesem Sinne in allen zivilisierten Ländern ist die beste Friedensversicherung. Die Schändlichkeit des Krieges und des bewaffneten Friedens hat schon der Freiheitskämpfer Robert Blum im Jahre 1848 in einer Wählerversammlung in Schützenhaus zu Leipzig am 16. August richtig bezeichnet: „Die Länder können und werden nicht ausblühen, so lange der Friede nur auf den Spitzen der Bajonette und der gegenseitigen Beobachtung, dem allgemeinen Mißtrauen ruht.“

Die Grundlage aber, auf welcher alle diese vorkriegsähnlichen und die Zustände der Jetztzeit auf die Dauer unmöglich machenden Verhältnisse erwachsen sind, das ist die heutige wirtschaftliche Produktionsweise, die Anarchie des ganzen Erwerbslebens. Die heutige planlose Produktionsweise hat eine schrankenlose Konkurrenz gezeugt, deren Kosten das arbeitende Volk zu bezahlen hat.

Alle diese krankhaften Erscheinungen sind notwendige Folgen des herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystems und können nur gründlich beseitigt werden durch Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Darum auf, Arbeiter und alle ehrlich denkenden Bürgern! Es gilt, das Volk fortzuführen und zu vollenden, zu welchem der Grundstein schon vor 40 Jahren gelegt worden ist. Rähen wir die wenigen uns noch gebliebenen Kräfte um so energischer an! Fordern wir unerschrocken die Gesamtheit der uns zusehenden aber widerrechtlich vorzuhaltenden Menschen und Bürgerrechte! Thue Jeder seine Pflicht! Dann kann und keine Macht widerstehen, dann werden alle Unterdrückungsversuche der Bourgeoisie und der Regierung wirkungslos bleiben!

Das Volk muß frei werden, es muß selbst bestimmen können über sein Geschick! Es müssen neue Märztage kommen, größer als die vor vierzig Jahren, die gründlich anräumen mit Unterdrückung, Ausbeutung und Elend des Volkes in jeder Form!

Wir wollen die Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht!  
Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnslaverei!  
Wir wollen das Wohlergehen Aller und bekämpfen das Elend!

Wir wollen die Bildung Aller und bekämpfen die Verwahrlosung und geistige Noth!

Wir wollen Frieden und Ordnung und bekämpfen den Klassenkrieg und die gesellschaftliche Anarchie!

Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den unterdrückenden Klassenstaat!

Wer fordert, was wir fordern, und bekämpft, was wir bekämpfen — der schließt sich uns an und wirkt mit all seinen Kräften für unsere Sache, für die Sache der Sozialdemokratie, für die Sache der Menschheit, auf daß der Sieg bald errungen werde!

Wage dem deutschen Volke recht bald der März seiner Befreiung kommen und möge er es wachsam und stark finden!

### Soch die Sozialdemokratie!

Dies ist das Flugblatt.

Jeder, der an die Sprache eines freien Landes gewöhnt ist, wird die Sprache des Flugblattes nicht „maßlos“, sondern schwächlich finden. Jeder, der die Ereignisse der letzten 40 Jahre und die Zustände der Gegenwart kennt, wird sagen müssen, daß das Flugblatt nur Wahrheit enthält, aber bei Weitem nicht die ganze Wahrheit.

Besondere bürgerlich demokratische Zeitungen, z. B. die Berliner „Volkzeitung“ haben zum Andenken an die Märzrevolution Zeitartikel gebracht, die weit scharfer sind und das herrschende System weit kräftiger geißeln.

Aber die Verbreiter des Flugblattes waren Sozialdemokraten, und im Reich der Gottsdurch und frommen Sitte sind die Staatsanwälte nebst den Politisten dazu da, auf die Sozialdemokraten Jagd zu machen, wie auf wilde Thiere, und ist das Amt der „unabhängigen“ Richter, die Sozialdemokraten auf Kommando zu verurtheilen.

Den Schweizern aber, die unser Blatt lesen, sagen wir: Das ist das bismarckische Deutschland! Und könnt ihr uns verargen, daß wir ein System, welches solche Infamien zeitigt, auf Leben und Tod bekämpfen?

Die Aktenstücke betreffend den sogenannten Internationalen Kongress der englischen Trades Unions können wir jetzt zum Abschluß bringen. Wie den Lesern bekannt ist, wurde, nachdem den deutschen Sozialdemokraten durch die Haltung des „Parliamentary Committee“ der Besuch des Londoner Kongresses verboten war, von Seiten der belgischen Genossen dem „Parliamentary Committee“ der Wunsch ausgedrückt, die „Ständige Ordnung“ — stehende Ordnung — für die Trades Unions-Kongresse doch für den nächsten „internationalen“ sein sollenden Kongress dergestalt zu erweitern, daß den Deutschen der Zutritt und die Theilnahme ermöglicht werde. Gleichzeitig wurde von dem belgischen Komitee ein Antrag an das „Parliamentary Committee“ — den parlamentarischen Ausschuss — gerichtet.

Die Antwort, welche recht lang auf sich warten ließ, ist nun eingetroffen, sie lautet:

Parlamentarischer Ausschuss  
der Trades Unions-Kongresse  
19 Buckinghamstr. Strand W. C. London  
15. Mai 1888.

Sehrer Herr!

Ihr Schreiben wurde in der letzten Sitzung des obigen Ausschusses verlesen, und ich bin beauftragt, Ihnen zu erwidern, daß der Ausschuss gänzlich außer Stand ist, von dem Buchstaben und Geiste der stehenden Ordnung abzumachen, welche in der vorläufigen Ankündigung des internationalen Kongresses enthalten ist.

Ausrichtig der Ihre:  
D. Broadhurst

Hiermit ist die Sache endgültig erledigt, und das Schicksal und der Charakter des sogenannten „Internationalen Kongresses der Trades Unions“ entschieden. Es wird ein Kumpfkongress sein, wie jeder internationale Arbeiterkongress, von welchem die deutschen Sozialdemokraten und Arbeiter ausgeschlossen sind, mit Nothwendigkeit ein Kumpfkongress sein muß.

Ueber das Handeln des „parlamentarischen Ausschusses“ und des Herrn Broadhurst verlieren wir kein Wort. Die Aktenstücke, welche der Arbeiterwelt vollständig vorliegen, sind so klar und reden so deutlich für sich selbst, daß sie keiner Erläuterung bedürfen. Das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie war von vornherein ebenso offen als korrekt. Es ist ihr nicht eingefallen, den internationalen Trades Unions-Kongress für die Zwecke sozialistischer Propaganda benutzen zu wollen; sie hätte die lokale Absicht, den St. Gallener Beschluß zu vollziehen, und ein Zusammenwirken sämtlicher Arbeiter-Organisationen zu dem bestimmten und ausschließlichen Zweck der Aushandlung einer internationalen Fabrik- und Arbeiter-Gesetzgebung herbeizuführen.

Durch sein farreres Verhalten an dem „Buchstaben und Geist“ eines Statuts, dessen Berechtigung für die gewöhnlichen Gewerkschaftskongresse wir nicht bestreiten, welches aber für einen internationalen Arbeiterkongress viel zu eng gefaßt ist und einen wesentlichen Theil der Arbeiterbevölkerung positiv ausschließt — durch dieses sein farreres Verhalten an der „stehenden Ordnung“ hat der „parlamentarische Ausschuss“ der englischen Trades Unions den Beschluß des vorjährigen Kongresses der englischen Trades Unions zu Gunsten eines internationalen Arbeiterkongresses thätig aufgehoben. Ob sich die englischen Trades Unions dies gefallen lassen oder nicht — das ist ihre Sache. So viel steht fest: der Kongress, welcher nächsten November in London mit dem Namen eines internationalen Kongresses zusammenzutreten soll, wird kein internationaler Arbeiterkongress sein.

An den deutschen Genossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die Vorbereitungen für den Kongress, welcher kraft des St. Gallener Beschlusses zu berufen ist, rechtzeitig und wirksam getroffen werden. Von dem Gedanken, einen internationalen Arbeiterkongress gleichzeitig mit dem Kongress der Trades Unions oder un mittelbar nach demselben tagen zu lassen, wurde aus mangelnder praktischen Gründe Abstand genommen. Ebenso wenig konnten sich aber auch die mit der Ausführung des St. Gallener Beschlusses betrauten Genossen dazu verstehen, den in dem letzten Zirkular der Reichstagsfraktion enthaltenen Rath: den englischen Trades Unions-Kongress nicht zu besuchen, zurückzunehmen. Eine Zurücknahme erschien schon deshalb für unthunlich, weil die deutschen Arbeiter ja so wie so von dem Besuch dieses Kongresses ausgeschlossen sind. Und in die Aktion der Arbeiter des Auslands können und wollen wir uns nicht einmischen.

In England ist man, auch in den Kreisen der Trades Unionisten, weit entfernt, das Handeln des Parliamentary Committee zu billigen; es wird unweifelhaft zu lebhaften Debatten kommen; und das können wir schon jetzt mittheilen, daß einflußreiche englische Trades Unions den internationalen Arbeiterkongress besuchen werden, welcher in Ausführung des St. Gallener Beschlusses vorbereitet wird.

Wir können ferner mittheilen, daß auch die amerikanischen Gewerkschaften sich an diesem internationalen Kongress betheiligen werden; und da auch die Mitwirkung der Belgier und Schweizer gesichert ist, und die der Franzosen in sicherer Aussicht steht, so wird der Kongress, welcher aus Grund des St. Gallener Beschlusses vorbereitet wird, ein wirklicher und echter internationaler Arbeiterkongress sein, welcher die ihm obliegende Aufgabe auch so zu erfüllen vermag, wie der St. Gallener Arbeitertag es gewollt hat.

Ein wahres Weltrennen um Popularität wird jetzt von dem Personal der deutschen Kaiserfamilie, der deutschen Kronprinzenfamilie und der Dynastie Bismarck ausgeführt — bios die Dynastie Tyras hat sich bisher noch nicht betheiligt. Als vorige Woche das Bau-England am königlichen Schauspielhaus in Berlin vorkam, erschien erst der Kronprinz auf dem Schauspiel — mit 30 Flaschen Wein. Dann kam die neue Kaiserin — zugleich in Vertretung ihres Mannes — dann die alte Kaiserin, und endlich auch — selbstverständlich unter starker polizeilicher Bedeckung — der Chef der Dynastie Bismarck. Die vornehmen Herren und Damen haben offenbar die Macht des Volkes und ihre Abhängigkeit von ihm und die Unsicherheit der heutigen Staatseinrichtungen erkannt, und sie bringen ihren Tribut dem künftigen, künftigen Kaiser dar, der sie so geübt auf seinem Rücken trägt, sie so geübt in seine Taschen greifen läßt, und sie jeden Augenblick, wenn er nur will, in Atome zerhacken kann.

Propos, in den aristokratischen Kreisen Deutschlands hat man viel gesprochen über den Einfluß, den die „Damen der Halle“ weitand drüben in Frankreich ausüben. Wohl, vor 10 oder 14 Tagen staltete die deutsche Kaiserin Viktoria den Damen der Halle von Berlin feierlich einen Besuch ab, und ließ sich von ihnen anheben — ganz wie weiland Marie Antoinette drüben in Paris, und später die Selben der blutigen französischen Revolution.

Und den folgenden Tag kam auch der pflichttreue Sohn der Kaiserin, um den Fischweibern anzuzeigen, daß auch er noch am Leben sei und bereit, je eher je lieber, die Erbchaft seines programmwidrig Kaiser gewordenen Vaters anzutreten.

Das sind kleinliche Jüge. Widerliche Jüge. Erbarmlichkeiten. Und doch schicksalsschwangere Zeichen der Zeit! Und der Wüßthätigkeit muß sehen, wie das Alles Komödie ist, und wie die Hauptakteure in dieser pomphaften Komödie sich sehr wohl bewußt sind, daß das Alles bios Komödie ist.

Ueber dasselbe Kapitel schreibt man uns aus Deutschland weiter: Eine unglaubliche Nachricht kommt aus Friedrichsruhe. Bismarck hat den dortigen „Arbeitern“ 1000 Mark „geschenkt“ — aus welchem Fonds, wissen wir nicht. Jedenfalls gehört diese erstaunliche Großmuth auch zu dem famosen Weltrennen um die Volksgunst. Propos, in unserer ersten Notiz hatten wir bemerkt, die Dynastie Tyras sei bis dato dem Weltrennen fern geblieben. Das ist aber nicht ganz richtig. Denn Tyras in Selbstperson hat sich ja dem deutsch-amerikanischen Partycatcher Karl Schurz vorgestellt und sich von ihm interviewen lassen. Er ist also auch offiziell und formell in den Konkurrenzkampf eingetreten.

Aus der Richterneuerung des Belagerungszustands für Spremberg haben Sanquintier allerdings Folgerungen gezogen, als ob nun überhaupt mit Befestigung des „Reinen“ sowie des ganzen Sozialistengesetzes der Anfang gemacht sei. Alle Schlussfolgerungen dieser Art zeugen von vollständiger Unkenntnis der Sachlage. Der Spremberger Belagerungszustand wurde weiland nur verhängt, um dem alten Wilhelm die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Sozialistengesetzes klar zu machen. Es handelte sich bekanntlich um einen gewöhnlichen Rekruten-Abau, der in usum Guilelmi zu einem sozialdemokratischen Rebellionsversuch zurückgefallen ward und dem Heidenthaufer ad oculos demonstrieren sollte, daß die Sozialdemokratie sogar das Allerheiligste des Militarismus bedrohe. Der alte Wilhelm ist todt, der neue Friedrich hat kapitulieren müssen, und damit ist der Spremberger Belagerungszustand gänzlich geworden. Helleucht läßt man noch Stettin in ähnlicher Weise wieder los, denn auch dort hatte es sich bios um eine Einschüchterung des alten Wilhelm gehandelt. Mit den übrigen belagerten

Städten verhält es sich aber anders. Sie sind wirkliche Zentren der Sozialdemokratie, und hier würde es einer Aenderung des Systems bedürfen, um die Aufhebung des Belagerungszustands zu ermöglichen. An eine solche Aenderung ist aber auch nicht im Entferntesten zu denken. Der neue Kaiser ist ganz machtlos — er kann wohl dann und wann einmal in kleinen Dingen seinen Willen durchsetzen, z. B. in der Oberverleihung an Birchow, allein in allen großen Dingen gilt der Wille seines Hausmeiers. Eugen Richter brachte diesen Skandalösen Zustand noch am letzten Tage der Landtagsession zur Sprache — natürlich ohne daß irgend etwas Praktisches erreicht wurde. Der neue Kaiser — den die Antisemiten loben wieder in einem unflätigen, unter polizeilicher Aufsicht in Berlin vertheilten antisemitischen Flugblatt als todtten Mann hinstellen und von dem künftigen Stöcker-Kaiser überstrahlen lassen — hat allerdings in einer Auffassung von „Liberalismus“ an den Puttkamer geschrieben, er solle bei den nächsten Wahlen für — Wahlfreiheit sorgen. Das bedeutet jedoch in Wirklichkeit nichts anderes, als daß der Puttkamer auch die nächsten Wahlen zu leiten hat — der Puttkamer Wähler der Wahlfreiheit — höher kann das Sprüchwort von Bod, der zum Gärtner gesetzt wird, sicherlich nicht inkurirt werden.

Genug, wir behalten den Puttkamer und wir behalten den „Reinen“. Ueberhaupt bleibt Alles beim Alten — nur daß die Praxis sich immer mehr zuspitzt. Das rothe Gespenst und das Kriegsgespenst können von den heutigen Beherrschern Deutschlands keinen Augenblick mehr entbehrt werden. Das Bedenken gegen Frankreich steht in genauester Verbindung und wird von denselben Personen dirigirt, wie die Dage auf die Sozialdemokratie.

Auch die Dage gegen die Schweiz bildet einen Theil des Systems. Das letztere hat andrerseits, so wird sie den Schweizern jedenfalls weniger Schmeiz bereiten als den Högern selbst. Das gilt übrigens von allen diesen Dagen. Die Polizeistrupe ist geradezu wüthend, daß die Schweizer Presse nicht sofort „geküßt“ hat. Nun kommen die Verbote. Den Reigen eröffnete der „Basler Arbeiterfreund“; er wird bald Gesellschaft haben. Für unser bismarckisches Polizeiwort ist jeder Schweizer so etwas wie ein unreines Thier. Und wenn er den Staub von deutschen Polizeifüßeln leckt — er ist und bleibt Schweizer und Republikaner, also ein angegebener Hochverräter. Keine Serovillität kann das ändern. Sie kann höchstens bewirken, daß eine größere Portion Berachtung der Dosis von höhnischer Brutalität beigegeben wird.

Die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen kündigen sich schon an. Diesmal wird bekanntlich auf fünf Jahre gewählt, — wie auch von jetzt an für den Reichstag, und Herr Bismarck will eine Majorität haben, die wo möglich noch gefügiger ist als die bisherige. Auf geradem und ehrlichem Wege geht das nicht — es muß also ein krummer eingeschlagen werden. Und welcher das ist, das haben uns die letzten Reichstagswahlen gezeigt. Der deutsche Michel muß wieder gründlich in die Angst und Wuth hineingearbeitet werden, so daß ihm kein Blöden Denkfähigkeit bis auf den letzten Rest abhanden kommt und er blindlings den weigennütigen Führern folgt, die ihn vor den französischen Rekrutbomben und Dreierdarraden zu retten versprechen. Jetzt geht der Regen abhath schon los. Das schultige Geschimpfe auf Frankreich und Russland, die nichtwürdigen Grenzmaßregeln gegen Frankreich — das ist der Beginn der Wahlkampagne. Natürlich wird diesmal die Dosis etwas gesteigert werden müssen. Die Wahl wird im September und Oktober stattfinden, und bis dahin wird vermuthlich mindestens ein Armeekorps, vielleicht zwei oder drei, mobil gemacht werden. Dann kommt die richtige Stimmung unter die Leute. Von der Welle, die dem Schafe Volk in dem ersten der gewonnenen fünf Jahre abgesehen wird, werden die Kosten spielend bezahlt.

Und anderthalb Jahre später gibt's eine abermalige Aufführung, in vergrößertem Maßstabe — wenn nämlich der Reichstag auf fünf Jahre zu erneuern ist. Mit einer theilweisen Mobilisierung wird's da nicht gehen sein — ganz Deutschland, vom Belt bis zum Bohensee, vom Rhein bis zur Weichsel, wird in Waffen zu fassen haben“ (wie der Regisseur sich in der famosen 18 Cognac-Rede ausdrückte), damit die Sache in Ordnung kommt. Und wird der Theaterbrand zu einem wirklichen Weltbrand — nun, was schadet's, wenn nur der Zweck erreicht wird!

Kommen wird's aber so, und wer nicht Lust hat, das Opfer einer schimpflichen Farce zu werden, der sei hiermit bei Zeiten gewarnt.

Wie man den Frieden unter den Nationen sichert. Um die verächtliche Maßregel an der französisch-elsässischen Grenze zu rechtfertigen, veröffentlicht Bismarck's „Norddeutsche“ einen langen Bandwurmartikel, an dessen Schluß es heißt:

„Wir wünschen keinen Krieg, wir wünschen nur entferntere Beziehungen zu Frankreich, und da wir an unsere Nachbarschaft gebunden sind, so müssen wir uns damit begnügen, im Verkehr mit Frankreich zurückhaltender zu werden und ihn auf der Grenze, wo er zur Agitation der Bevölkerung des Deutsch-Elsas benutzt wird, mehr als bisher einzuschränken. Wir wünschen, daß die Franzosen einhaltamer werden in ihrem Verkehr mit dem Elsaß, und werden kein Bedauern empfinden, wenn Frankreich infolge dessen Maßregeln ergreift, welche in analoger Weise auf die Enthaltung unserer deutschen Landsleute vom Besuch des französischen Territoriums hinwirken. Dieses Streben ist frei von Feindseligkeit; es ist nur eines der international berechtigten Mittel, welche wir anwenden, um den historischen Prozeß der Regermanisirung dieser deutschen Reichsländer und ihrer Lokalisation aus der Verbindung mit Frankreich zu beibringen. Die internationalen Fraktionen, welche der bisherige Verkehr der Franzosen im Elsaß ermöglicht und fördert, sind für die Dauer und die Befestigung des Friedens gefährlicher, als eine scharfere Betonung der Grenze und ihrer trennenden Wirkung sein kann. Deshalb glauben wir, daß die Reichsregierung dem Frieden einen Dienst erweist, wenn sie Frankreich in dem Bestreben entgegenkommt, den Grenzverkehr genau zu kontrollieren und der Befähigung derselben die Schranken zu geben, durch welche politische Fraktionen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.“

Ehedem glaube man, daß nichts besser geeignet ist den Frieden unter den Nationen zu befördern, als recht lebhafter Verkehr der Angehörigen derselben untereinander. In diesem Sinne hat man um die Mitte dieses Jahrhunderts die Einführung der Eisenbahnen als einen mächtigen Faktor des Friedens freudig begrüßt. Wie voreilig. Je näher die Völker einander rücken, um so gefährlicher ist es für den Frieden, so leidet die neue Staatskunst, die hoch erhaben ist über alle früheren Auffassungen von dem, was das Volkswohl fördert und was nicht. Je entfernter die Beziehungen der Völker, je weniger sie einander kennen lernen, d. h. je mehr sie nur das von einander erfahren, was ihre Lenker ihnen mittheilen für gut befinden, um so besser für den Frieden. Darum schnell alle Geschäftsverbindungen abbrechen und ja vorzugehen, daß kein deutscher Mann sich in ein „welches“ Wädhgen, kein deutsches Wädhgen sich in ein „welches“ Mann verliebt.

Offenlich zieht man auch bald die Konsequenzen dieser neuen Theorie, schafft die Eisenbahnen ganz ab, reißt die Telegraphen nieder und errichtet eine große, große Mauer um das Reich der Mitte — Europa.

Im „Reich“ kriecht es wieder. Der neue Kaiser hat keine Lust, das Geseh über die fünfjährigen Regimenterperioden des Landtags zu publizieren. Die Bedenken kamen ihm in letzter Minute, denn er hatte das Geseh schon unterzeichnet. Wer's legen wir auf den Vorgang nicht. Aber er zeigt wieder einmal so recht handgreiflich das Prekäre und Provisorische der ganzen Lage in Deutschland. Wenn der todtrunkene Kaiser die Nacht einmal wenig ruhet und sich am Morgen wohl füllt, macht er seinem Hausmeier Opposition, und wenn dann eine ermattende Nacht mit vielem Husten kommt, muß er vor dem gestrengen Nachmeister wieder zu Kreuz kriechen. Eine ähnliche Satyre auf das monarchische Prinzip hat die Welt nicht gesehen. Und es gehört die geradezu hohle Freiheit unserer Reptilien und ihrer Protokollen dazu, unter solchen Verhältnissen von den profanen Zuständen anderer Völker zu reden!

Die Rage läßt das Mausein nicht. In einer Pariser Korrespondenz der „Weser-Zeitung“ lesen wir: „Mit der deutschen Sozialdemokratie lag diese Gruppe (die „Possiblen“) fest im Lager. Noch jüngst, als der aus der Schweiz ausgewiesene Redaktionschef des Züricher „Sozialdemokrat“ nach Paris kam, durften sich diese deutschen „Brüder“ nur in einer kleinen Privat-

